

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

«Roma-Demonstration für gleiche Rechte im Jahr 2018 in Budapest. Nach der Wahl im April gibt es neue Hoffnung.» Foto: M. Rössler

UNGARN

Der Sturz von Orbáns Regime

Am 12. April 2026 stimmte das ungarische Volk in einer Wahl ab, die stets als perverse demokratische Wahl beschrieben wurde – eine Wahl, bei der der Sturz von Fidesz von vornherein als unmöglich galt. Eine grosse Bewegung von zum Teil sehr jungen Menschen hat das dennoch möglich gemacht.

In den sechzehn Jahren, in denen Orbán an der Macht war, hat er etwas aufgebaut, das schwer zu benennen ist, ohne dass es dramatisch klingt, aber genau das ist es: ein System, in dem die Menschen für ihn arbeiten, nicht umgekehrt. In dem die Jugend, Menschen wie ich, sich nicht vorstellen können, das staatliche Fernsehen einzuschalten und auch nur ein Wort von dem zu glauben, was dort gesagt wird. Meine Familie hat den Fernseher 2008 ein für alle Mal abgeschaltet, weil es einfach nichts mehr gab, was sich anzusehen lohnte – und ich weiss, dass das ein Symptom für etwas viel Grösseres ist als nur einen kaputten öffentlich-rechtlichen Sender.

Ich bin damit aufgewachsen, mir nichts anderes vorstellen zu können, als dass es meine persönliche Verantwortung ist, jede Bürgerinitiative, jede unabhängige Nachrichtenagentur, deren Fortbestand mir am Herzen

liegt, und jeden Obdachlosen, an dem ich auf der Strasse vorbeigehe, aus eigener Tasche zu unterstützen – denn ich wusste, dass unser System sie schon lange im Stich gelassen hatte. Das ist es, was dieses Regime perfektioniert hat: eine Atmosphäre, in der nichts einen ungarischen Forint wert ist, es sei denn, es dient der bestehenden Macht, in der jeder von Jahr zu Jahr nur in seinem Bereich lebt, ängstlich, sich abmühend, ohne zu wagen zu glauben, dass das, was er aufbaut, tatsächlich ihm gehört. Ich sah zu, wie es der Universität für Theater- und Filmkunst erging, wo meine Freundinnen und Freunde monatelang das Gebäude besetzten, während meine Mutter ihnen Essen brachte und jeden Tag andere Menschen kamen, um draussen ihre Solidarität zu bekunden – und dennoch sahen wir zu, wie der «starke Mann» alles Stück für Stück demontierte, weil wir darauf konditioniert

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Frühling zeigt sich in all seiner Pracht und versucht, uns hier und da die Kriege mit seinen schrecklichen Folgen für einen Moment vergessen zu lassen. Täglich bekommen wir Nachrichten von Charlotte aus dem Libanon*; ihr bedeutet, angesichts der schrecklichen Situation im Südlibanon, jedes neugeborene Zicklein, jeder Sonntag, jede aufgehende Blume mehr als je zuvor.

Ende März kamen wir aus allen Himmelsrichtungen zum Treffen des Europäischen Bürger:innen Forums zusammen, das diesmal in Mecklenburg-Vorpommern stattfand. Dort tauschten wir uns mit den Menschen aus, die dem rechtsextremen Trend in der Region etwas entgegensetzen. Erstmals luden wir auch junge Russ:innen aus Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland ein, die sich miteinander im Widerstand auf mehreren Ebenen organisieren. Darüber berichten wir in der nächsten Nummer. Auch Zita, eine junge Ungarin nahm an dem Treffen teil – ihren Artikel könnt Ihr hier lesen. Ansar, eine in Berlin lebende Irakerin, mit der wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten, hat ebenfalls einen Artikel für Archipel geschrieben.

Ich wünsche Euch einen schönen, kraftvollen Monat Mai!

Constanze Warta

* Charlotte lebt im landwirtschaftlichen Projekt Buzuruna Juszuruna und fährt seit Anfang März zweimal in der Woche mit Gemüse- und Getreidelieferungen nach Beirut. Siehe Artikel «Konkrete Solidarität», Arch. Nr. 357, April 2026

worden waren, dass unsere Wahrnehmung von etwas unvorstellbar Ungerechtem nicht genügt, um es zu verhindern. Es geschieht doch; auf jeden Fall. Mittlerweile wurden fast alle Universitäten in staatlich geführte Stiftungen eingegliedert, wodurch ihnen die Forschungsunabhängigkeit, der interne Wettbewerb und der grösste Teil ernsthafter intellektueller Ambitionen genommen wurde.

Es gab immer Momente, die sich wie Ausnahmen anfühlten – Demonstrationen, die so gross und so kraftvoll waren, dass man sicher war, diesmal würde es anders sein. Das war es aber nie. Jahre des sich Erhebens, der Sprechchöre, des Plakatierens, um dann mit der unveränderten Situation von dannen zu gehen und die Wut nirgendwo anders hinleiten zu können als zurück in das eigene Umfeld und in sich selbst.

Die andere Wahl

Deshalb ist das, was Tisza aufgebaut hat, wirklich etwas anderes. Zum ersten Mal, seit Orbáns Rückkehr an die Macht, hat eine Oppositionspartei nicht damit begonnen, die Stimmen bereits politisierter Grossstadtbewohner_innen zu sammeln, die ohnehin schon immer gegen Fidesz gestimmt hatten. Nein, die Tisza-Leute gingen zuerst aufs Land. Sie gaben jeden Forint aus, den sie durch private Spenden eingenommen hatten – kein Parteigeld, keine ausländischen NGOs –, zogen von Dorf zu Dorf und setzten sich mit Menschen zusammen, deren politisches Mitspracherecht still und leise geraubt worden war – durch jahrelange gezielte Propaganda im nationalen Fernsehen, im nationalen Radio und auf den riesigen Plakaten am Strassenrand, welche die Autobahnen zwischen eben diesen Dörfern säumen. Es gab dieses berühmte Video, das von den unabhängigen Medien nach dem Fidesz-Erdrutschsieg 2022 gedreht wurde, irgendwo in einer Kleinstadt, wo eine Frau gefragt wurde, warum sie eben Fidesz gewählt habe, und sie fragte zurück: «Ist es nicht das, was wir tun mussten?» Sie hatte noch nie von anderen Parteien oder Kandidaten als Fidesz und Orbán gehört, und das war kein Einzelfall. Genau darum geht es. Und genau deshalb wurde Tisza vor dem 13. April kein einziges Mal in die nationalen Medien eingeladen.

Wir hatten den ganzen Tag geplant, wie wir es am Wahltag immer tun. Bei den letzten Wahlen hatten wir uns immer zu dem versammelt, was alle eine «Party der Resultate» nennen, obwohl es weit übertrieben ist, von einer Party zu sprechen, denn der Wahlabend war immer der deprimierendste Moment des Jahres. Trotzdem machten immer alle mit. Jede politische Gruppe veranstaltet eine, jeder Bekanntenkreis, und jetzt, bei einer so brisanten, so besonderen Wahl, fühlte es sich noch notwendiger an als sonst. Doch bevor es so weit war, galt es erst einmal den ganzen Tag zu überstehen, und die Stadt fühlte sich ganz und gar nicht wie an einem normalen Sonntag an. Budapest war auf eine ganz spezielle Art belebt – eine zurückhaltende, versteckt nervöse, zielstrebige Art von Belebtheit – alle bewegten sich auf die Wahllokale zu, alle trugen dieselbe Anspannung in sich.

Die Wahl selbst verlief, zumindest dort, wo wir waren, reibungslos. Die Organisation war gut; bei uns ging es schnell, was über-

raschend war, wenn man bedenkt, dass unser Bezirk eine Wahlbeteiligung von 85 Prozent verzeichnete. Es handelte sich zudem um den Wahlkreis, in dem Peter Magyar, der grosse Tisza-Herausforderer von Orbán, selbst für einen Wahlkreissitz kandidierte. Andere hatten nicht so viel Glück. Im ganzen Land und besonders an ungarischen Botschaften im Ausland standen die Menschen stundenlang Schlange. Das Bild dieser Warteschlangen sprach Bände darüber, was dieser Tag für die Menschen bedeutete.

Was an diesem Tag ebenfalls präsent war, wenn auch weniger sichtbar, war die Arbeit der ehrenamtlichen Wahlbeobachter_innen – Menschen, die sich im Rahmen einer mit Tisza verbundenen Initiative organisiert hatten, um in ländlichen Gebieten vor Ort zu sein, wo der Stimmenkauf durch Fidesz seit Jahren ein offenes Geheimnis war. Vor dem 12. April war ein Dokumentarfilm mit dem Titel «The Price of a Vote» erschienen – auf YouTube mit englischen Untertiteln verfügbar –, der es unmöglich machte, von dieser Realität die Augen zu schliessen: lokale Amtsträger, welche die schutzbedürftigsten Menschen nicht nur mit Bargeld, sondern auch mit Alkohol, mit Drogen und mit der Drohung, den Zugang zu Medikamenten zu verlieren, unter Druck setzten. Der Filmbeitrag zeichnet ein Porträt davon, wie sich ein Regime aufrechterhält, wenn ihm die Ideen ausgehen – indem es dafür sorgt, dass die am meisten verzweifelten Menschen glauben, sie hätten keine Wahl. Die Freiwilligen brachten den Wahltag in eben diesen Dörfern, beobachteten, dokumentierten, halfen. Dieses zivile Engagement war faszinierend. Und allem Anschein nach hat es funktioniert: Fidesz verlor Stimmen an Orten, auf die diese Partei sonst immer gezählt hatte.

Unsere Versammlung war gut organisiert. Jemand hatte ein Quiz zusammengestellt – fünf Runden, die sechzehn Jahre Fidesz-Herrschaft abdeckten. Fragen wie: «Wie viel kostete der Baumkronenpfad, der «Lombkronasétány», über dem Balaton-See?» Dieser war zum berühmt berüchtigten Symbol dafür geworden, wie diese Regierung öffentliche Gelder verschwendete. «Nenne alle fünf Kinder von Orbán» und so weiter. Wir sassen da und beantworteten Fragen zu Skandalen, die wir miterlebt hatten, und lachten auf diese ganz eigene, erschöpfte Art, wie man über Dinge lacht, die einen gleichzeitig zutiefst wütend machen. Als die fünfte Runde zu Ende war (wir wurden Dritte von sechs Teams), waren die ersten Ergebnisse eingetroffen – 3 Prozent der Stimmen waren ausgezählt, ein leichter Vorsprung für Fidesz. Und so wurde es auf eine sehr vertraute Weise still im Raum. Die gleiche Stille wie an jedem anderen Wahlabend zuvor. Das gleiche beklemmende Gefühl, dass wir Idiot_innen waren, weil wir doch gehofft hatten; dass wir wieder darauf hereingefallen waren; dass die «Waffen», die Fidesz immer im letzten Moment zu zücken vermochte, bereits wieder am Werk waren: zusätzliche Wähler_innen, die plötzlich aus dem Nichts auftauchten; Ergebnisse, die sich an bestimmten Orten verschoben hatten und die niemand so recht erklären konnte. Wir kannten dieses Gefühl. Wir hatten es jahrelang eingeübt.

Dann, bei etwa 10 Prozent ausgezählten

Stimmen, ein klarer Vorsprung für Tisza! Und von diesem Zeitpunkt an war kein Halten mehr. Auf dem einen Bildschirm bei uns war Partizán – der unabhängige Fernsehsender: Der Moderator hatte ein Lächeln im Gesicht, das nichts mehr auf der Welt hätte wegwischen können. Auf dem anderen Bildschirm war M1, der nationale Sender, wo die Moderator_innen sichtlich darum rangen, Worte für das zu finden, was sie sahen. Da wussten wir bereits, – nicht hofften, nein, wussten –, dass eine Zweidrittelmehrheit zustande kam. Die Meinungsforschungsinstitute hatten dies seit Wochen vorausgesagt, und niemand hatte es gewagt, ihnen zu glauben. Sie hatten aber vollkommen recht. Gegen 21:30 Uhr hatte Tisza 133 bestätigte Sitze im Parlament erreicht, die Schwelle für eine absolute Mehrheit, und dann geschah das Aussergewöhnlichste: Im Livestream verkündete der Moderator, dass Viktor Orbán seinen Widersacher Peter Magyar persönlich angerufen hatte, um ihm zu gratulieren. Das war der Moment, in dem die Realität einsetzte. Denn wenn Orbán sagt, es ist vorbei, dann ist es vorbei – und was auch immer das über den Zustand unserer Demokratie aussagt, in diesem Moment war es die einzige Bestätigung, die sich real anfühlte. Wir mussten es von ihm hören.

Die Nacht der Wende

Wir öffneten alle Champagnerflaschen auf einmal und sangen alle nationalen Revolutionslieder mindestens viermal und zwanzig weitere Male im Laufe der Nacht. Dann wurde Orbáns Rede zur Anerkennung der Niederlage ausgestrahlt, und wir sahen ihn auf einem Podium stehen, mit seinem engsten Kreis hinter sich, von dem alle aussahen wie betretene Schulkinder vor dem Büro des Schuldirektors. Fast alle, bis auf einen: Peter Szijjártó – unser scheidender Aussenminister, eines der bekanntesten Gesichter des Regimes – war nirgends zu sehen. Er tauchte erst zwölf Stunden später auf, als er dabei erwischt wurde, wie er im Aussenministerium Dokumente schredderte.

Wir rannten auf die Strassen. Ich habe noch nie in meinem Leben eine solche Verbundenheit mit fremden Menschen erlebt – eine ganze Stadt, die keiner Vorstellung, keiner Erklärung bedurfte, nur dasselbe Gefühl, das sich zur gleichen Zeit entlud. Menschen umarmten Menschen, die sie noch nie zuvor gesehen hatten. Alle skandierten – «Orbán takarodj» («Orbán, verschwinde») – und noch andere Parolen, die schon seit Jahren gerufen worden waren, aber nun endlich eine echte Bedeutung hatten. Autos hupten, Menschen standen in den Schiebedächern, lehnten sich aus den Fenstern, weinten und lachten und beides zugleich. Wir machten uns auf den Weg zur Wahlparty der Tisza, wo sich Zehntausende versammelt hatten, und hörten uns Magyars Rede an, (die zu lang war), und die eigentlich keine Rolle spielte – denn hier ging es nie um ihn. Hier ging es darum, endlich von Orbán befreit zu sein – auf Nimmerwiedersehen. Die Gefühlsentladung in den Strassen zeigte, mehr als jede Analyse es könnte, wie weit das, was Fidesz aufgebaut hatte, von all dem entfernt war, was einer Demokratie auch nur annähernd ähnelte. In einer gesunden Demokratie weinen die Menschen nicht an den Schultern von anderen wegen eines

Wahlergebnisses, egal wer gewinnt. Die Tatsache, dass wir es taten – dass wir es tun mussten – ist der deutlichste Massstab dafür, was uns genommen worden war und was es bedeutete, wieder etwas zurückzugewinnen.

Frauen und Roma im Parlament

Das Erste, was Magyar nach seinem Sieg tat, war eine dreistündige Pressekonferenz abzuhalten – offen für nationale und internationale Medien, wobei jede Frage beantwortet wurde. Diese eine Geste sagte bereits mehr aus als jede politische Ankündigung. Im Gegensatz dazu stand nie ein Fidesz-Politiker in den letzten Jahren vor Medien, die er nicht kontrolliert hätte, und nie beantwortete er eine Frage, die er nicht im Voraus genehmigt hätte. Und die ersten Fragen bei dieser Pressekonferenz wurden von den unabhängigen Medien (Partizán und Telex, beide mit ausgezeichneten Beiträgen auf Englisch) gestellt – von jenen, welche die gesamte Ära Orbán nur durch Abonnements überstanden hatten, von offiziellen Regierungsbriefings ausgeschlossen waren und deshalb vom Rande aus berichteten. Ich will nicht so tun, als wären mir da nicht die Tränen gekommen.

Was aus diesen drei Stunden hervorgegangen ist, wird noch verarbeitet, aber die Umrisse werden langsam klar – und einiges davon ist nach allem, was geschehen ist, wirklich kaum zu glauben. Zum ersten Mal in der Geschichte des ungarischen Parlaments werden vier Roma-Politikerinnen im Parlament sitzen. Allein das ist es wert, bei diesem Punkt innezuhalten. 46 der Abgeordneten der Tisza-Fraktion sind Frauen, und es wird sowohl eine Aussenministerin als auch eine Ministerin für Bildung geben. Nach Jahrzehnten einer Regierung, die Politik als eine ausschliesslich männliche und ethnisch weisse Sache betrachtete, ist das keine Kleinigkeit. Dazu wird zum erklärten Prinzip, dass ab jetzt jede-r lieben darf, wen sie und er will. Das sind im sonstigen Europa keine radikalen Positionen mehr, aber hier kommen sie anders an. Hier fühlen sie sich an wie Fenster, die in einem Raum aufgestossen werden, der lange Zeit zugesperrt war. Eine Energiepolitik soll betrieben werden, die sich von der Abhängigkeit von Russland abwendet. Die EU-Finanzierung wird wieder aufgenommen, wobei das Gesundheitswesen die oberste Priorität bekommt – deren Dringlichkeit jede-r versteht, der in den letzten zehn Jahren ein ungarisches Spital in Anspruch genommen hat. Die sofortige Aufnahme der Unterstützung der Ukraine steht auf der Agenda, ebenso eine vollständige Umstrukturierung der Ministerien, was die Rücknahme der Fusionen bedeutet, und die Wiedereinführung unabhängiger Institutionen, die mit Menschen besetzt werden, die tatsächlich wissen, was sie tun, anstatt mit jenen, welche die «richtigen» Leute kennen. Eine Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei Amtsperioden ist vorgesehen, rückwirkend anzuwenden, was eine Rückkehr Orbáns ein für alle Mal ausschliesst. Und anstatt politische Rechnungen zu begleichen, ist das erklärte Ziel der Wiederaufbau eines Justizsystems, das in der Lage ist, Personen nach seinen unabhängigen Massstäben zur Rechenschaft zu ziehen. Dazu gehören der Wiedereintritt in die Euro-

päische Staatsanwaltschaft und in den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer, die endlich einige naheliegende Fragen darüber stellen würde, woher bestimmte Vermögen stammen. Das alles ist kein revolutionäres Programm. Niemand verspricht, alles niederzureissen und von vorne anzufangen. Es ist eher eine Korrektur – entschlossen, klar und längst überfällig. Eine «Agenda des gesunden Menschenverstandes», wie Magyar sie selbst genannt hat, versucht, einen Staat zu reparieren, anstatt ihn zu ersetzen. Ob das ausreicht und ob die dahinterstehenden Menschen ihren Versprechungen gerecht werden, ist eine Frage, worauf die kommenden Monate eine Antwort geben werden.

Systemwechsel oder Neukalibrierung?

Doch es gibt bereits Dinge, die es wert sind, genauer beobachtet zu werden. In der Migrationsfrage liegt Magyars Position bislang genau im europäischen Mainstream – kontrolliert, bedächtig und nicht gerade progressiv. Diese Haltung ist derzeit keine Position, die ausscheren oder gar Verrat üben würde. Doch all diejenigen, die gehofft hatten, der Moment des Wechsels würde etwas weit Offeneres und Werteorientierteres signalisieren, mögen nun eine frühe Begrenzung davon erfahren, wie weit der Neuanfang dann wirklich gehen wird.

Aber nichts davon hebt das neue Mandat auf. Nichts davon hebt auf, was in der Wahlnacht geschehen ist. Es ist eine Erinnerung daran, dass dies kein sauberer Bruch ist – es ist eine Neukalibrierung, durchgeführt von

Leuten, die noch bekannt gegeben werden, in einem Land, dessen Institutionen sechzehn Jahre lang ausgehöhlt wurden. Die Richtung scheint klar zu sein. Ob die Details Bestand haben – ob die Leute dahinter Bestand haben – ist die Frage, die darüber entscheiden wird, was aus diesem Moment tatsächlich wird. In den kommenden Wochen wird das gesamte Kabinett Gestalt annehmen. Dann werden wir erfahren, was versprochen wurde und was damit gemeint war.

Was mir immer wieder in den Sinn kommt, ist Folgendes: Tisza war der einzige Weg, Fidesz aus ihrer widerlich bequemen Position zu verdrängen, und das hatte nichts damit zu tun, dass Magyar die richtige Person ist, um das Land zu führen. Er scheint das zu verstehen – vorerst. Ich hoffe aufrichtig, dass er das nie vergisst. Was ich mir nach diesem «Rendszerváltás» – dem Systemwechsel, wie wir es nennen – erhoffe, ist, dass wir endlich den Spielraum haben werden, etwas Vielfältigeres aufzubauen. Eine echte politische Landschaft mit echten Wahlmöglichkeiten. Vielleicht sogar eine echte linke Partei, die es ins Parlament schafft. Denn im Moment, nachdem sich der Staub gelegt hat, sehen wir drei Parteien, die alle Sitze besetzen: eine rechtsextreme, eine rechte und eine neue Partei, die sich als zentristisch bezeichnet und der wir glauben wollen. Das ist noch keine gewünschte Demokratie, könnte aber der Anfang von einer solchen sein.

Also – mal sehen, was die nächsten Monate bringen.

Zita Bathory, Studentin der Humanökologie in Budapest



Das Schweigen, Georg Einbeck, 1898

Neues Einwanderungsgesetz

«Die reaktionäre internationale Bewegung hat die Migrant:innen zu Feinden erklärt, die es zu vernichten gilt – sehen wir uns nur an, was sich mit der ICE im Zentrum des Imperiums abspielt. Und man muss blind für die aktuelle politische Realität sein, um nicht zu verstehen, dass dies unweigerlich auch hier in Europa Konsequenzen haben wird. In Kürze werden wir die Schockwellen des Faschismus zu spüren bekommen.»

Dieser Auszug stammt aus einem unserer Beiträge im Rahmen einer Podiumsdiskussion, an der wir vom Verein A4 (siehe Kasten) vor genau sechs Monaten teilgenommen haben und die sich mit der Frage «Welches Bündnis zwischen ökologischem Engagement und Kampf gegen die extreme Rechte?» befasste. Wie gross war unsere Überraschung, als einer der Redner aufgrund des oben genannten Zitates in schallendes Gelächter ausbrach und argumentierte, dass dies nicht möglich sei, dass die französische und europäische Rechtsordnung so nicht funktionieren. Das neue Einwanderungsgesetz ist jedoch dezidiert ein weiterer Schritt in Richtung freiheitsfeindlicher Gesetze und der Kriminalisierung von Migrant:innen. Ende März 2026 hat das Europäische Parlament einen Text ratifiziert, der die Migrationspolitik verschärft, und das Konzept der «Rückführungszentren» billigt, also Lager

zur Abschiebung ausserhalb der Europäischen Union. Dieser Text steht in der reaktionären und freiheitsfeindlichen Tradition des Asyl- und Migrationspakts von 2024, der Migrant:innen ohne Aufenthaltsgenehmigung noch stärker kriminalisiert. Die Idee der Auslagerung von Abschiebehaftanstalten ist leider nicht neu: Italien versuchte dies in Albanien mit einem Zentrum, das auf Grund von negativen Gerichtsentscheidungen lange Zeit leer stand. Grossbritannien schloss ein ähnliches Abkommen mit Ruanda ab, bevor es aus denselben Gründen der Rechtswidrigkeit Abstand davon nehmen musste. Allerdings waren diese Versuche insofern erfolgreich, weil nun mehrere Länder (Dänemark, Österreich, Griechenland, Deutschland, die Niederlande) daran arbeiten, Pilotprojekte in dieselbe Richtung zu starten.

Ein historischer Rückschlag

Zahlreiche Solidaritätsverbände warnen vor diesen politischen Auswüchsen, die Folgendes vorsehen: verschärfte Sanktionen für abgewiesene Asylbewerber:innen, die sich weigern auszureisen, Beschlagnahmung von Dokumenten, verlängerte Inhaftierung, Einreiseverbote, Inhaftierung von Minderjährigen sowie die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage nach den Folgen der Auslagerung stellen und wie wir die Rechte

der inhaftierten Personen durchsetzen wollen – vor allem, wenn die Länder nicht denselben Rechtsvorschriften in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte unterliegen. Darüber hinaus symbolisiert dieser Text einmal mehr den ideologischen Zusammenhalt zwischen dem rechten und dem rechtsextremen Lager in Europa. Die letzten Jahre sind geprägt von einem zunehmenden Verlust der Grundrechte von Migrant:innen auf gesamteuropäischer und so auch auf französischer Ebene.

Was tun?

Was können wir jetzt tun angesichts der medialen Vorherrschaft der extremen Rechten, der rassistischen Morde und der institutionellen Gewalt, der die Menschen mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung ständig ausgesetzt sind? Der Staat übt Gewalt gegen uns aus, und die extreme Rechte möchte uns in einer totalen Entmenschlichung verschwinden sehen. Antworten auf mögliche Wege und Strategien lassen auf sich warten. Deshalb stellen wir diese Überlegungen in den Mittelpunkt unserer Strategien und Projekte innerhalb des Vereins A4; dies gilt umso mehr angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen und der nicht zu vernachlässigenden Wahrscheinlichkeit, dass die extreme Rechte in den Élysée-Palast einzieht.

In dem aktuellen politischen Kontext der Repression und Kriminalisierung von Migrant:innen betonen wir die Dringlichkeit, gegen dieses entmenschlichende System zu kämpfen. Für uns ist offensichtlich, dass dieser Kampf von den von Einwanderung und Rassismus betroffenen Menschen selbst konzipiert, organisiert und geführt werden muss. In diesem Zusammenhang ist es unser Ziel, den Aufbau eines nationalen Netzwerks der gegenseitigen Hilfe zu ermöglichen, das sich auf Legalisierung, Aufnahme, Ausbildung und Arbeit konzentriert. Vor allem aber wollen wir Höfe und Räume schaffen und erwerben, welche die Entwicklung von Arbeitsgenossenschaften sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk ermöglichen, um Organisationsbasen zu schaffen, die von und für Migrant:innen mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung getragen werden. Wir sind überzeugt, dass eine der möglichen Strategien im Kampf um die Umkehrung dieses Kräfteverhältnisses auch darin besteht, Projekte zu entwickeln, die politische Autonomie und Selbstversorgung miteinander verbinden.

Tarek, A4

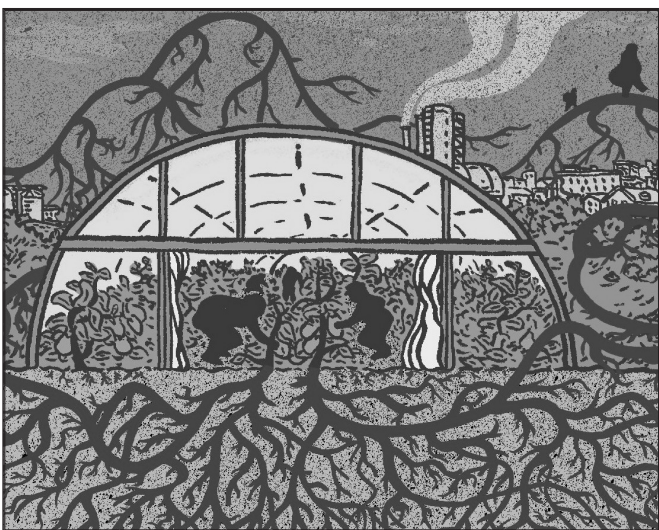


Illustration: Pirikk für CQFD

A4: MIGRANT:INNEN IN LANDWIRTSCHAFT UND HANDWERK

Der Verein A4 – «Accueil Agricole et Artisanal» – hat zum Ziel, eine Dynamik der Aufnahme, der Ausbildung, des Zugangs zur Arbeit und der administrativen Begleitung von Menschen mit oder ohne Papiere, aus städtischen oder ländlichen Gebieten, in den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk aufzubauen. Unser Projekt zielt darauf ab, ein Netzwerk für Ansiedlung und bäuerliche Solidarität aufzubauen, indem wir bestehende Initiativen in verschiedenen Regionen miteinander verbinden. Das Projekt ist

aus Begegnungen von Menschen entstanden, die in den Bereichen Landwirtschaft oder Handwerk arbeiten und in Würde leben möchten, aber aufgrund ihrer Situation auf praktische Schwierigkeiten stossen.

Weitere Informationen auf Instagram:

www.instagram.com/p/DWZjjZpDre3/?img%20C2%B7index=4

Siehe auch Archipel Nr. 337, Juni 2024

Den Kopf heben

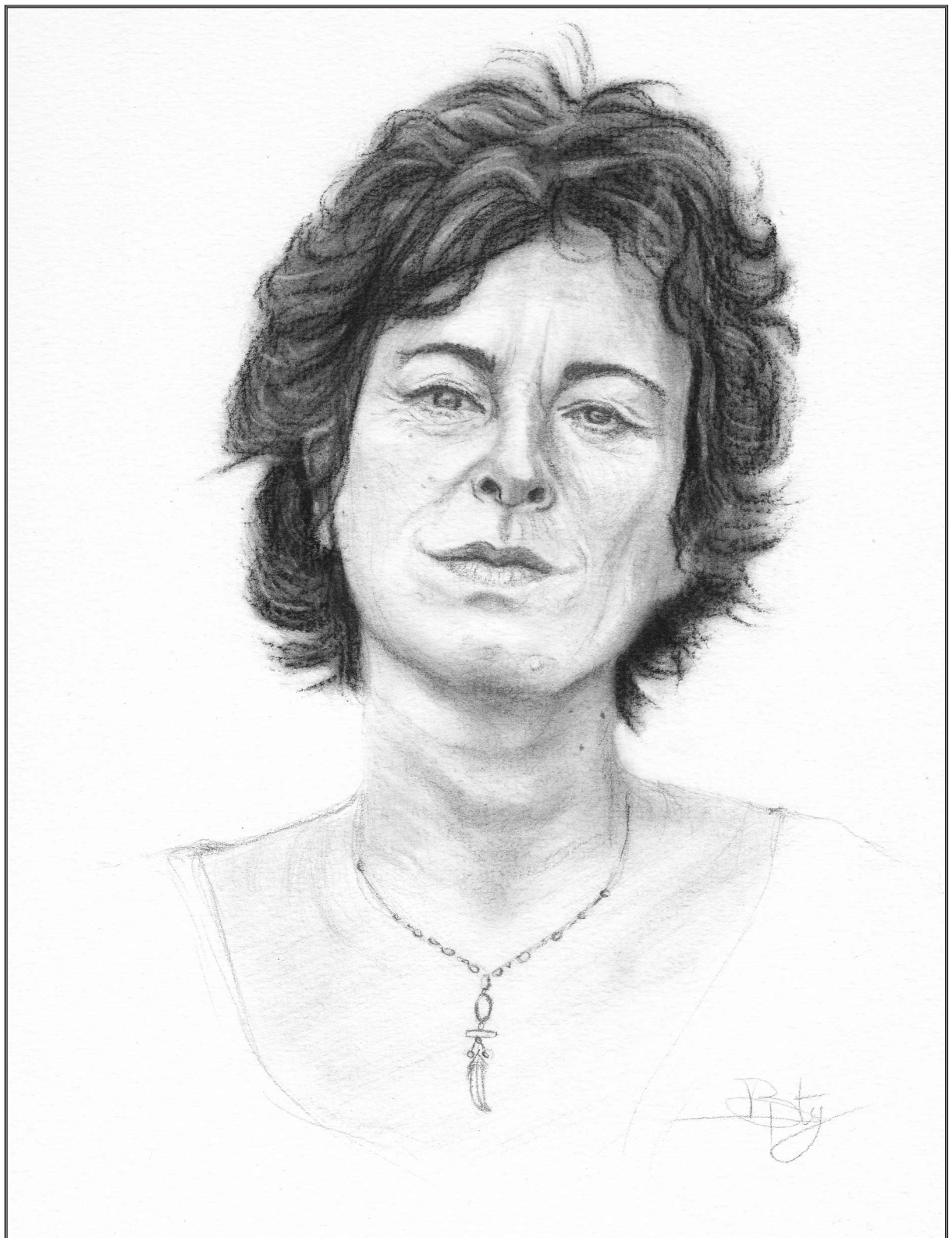
Diesen Februar hat Pinar Selek ihr neues Buch in Frankreich herausgegeben. Es ist die Ausarbeitung ihrer Aufzeichnungen mit Kurdinnen und Kurden im Jahr 1998, wegen derer sie als 28-Jährige für zwei Jahre ins Gefängnis kam.

Trotz der grausamen körperlichen und psychischen Folter gab sie die Namen der von ihr für ihre soziologische These interviewten Kurdinnen und Kurden nicht preis. Ihre gesamten Aufzeichnungen wurden damals beschlagnahmt und vernichtet. Dennoch hat sie es heute, nach 30 Jahren, geschafft, sich an deren Inhalt, zum Teil wortwörtlich zu erinnern und ihre Studie zu veröffentlichen. Pinar Seleks gerettete Forschungsarbeit schlägt ein neues Kapitel im Prozess gegen sie auf.

Der 5. Prozess gegen Pinar Selek geht nämlich weiter. Die 7. Verhandlung fand am 5. April 2026 in Istanbul statt. Mit der jüngsten Veröffentlichung von «Den Kopf heben – die verbotene Forschung zum kurdischen Widerstand»¹ ist dieser Prozess in eine neue Phase getreten. Eine beachtliche Delegation von französischen Akademiker:innen war beim Prozess anwesend, um zu bekräftigen, dass die Forschungsarbeit über die Situation der Kurdinnen und Kurden in der Türkei eine wissenschaftliche, von der französischen Universität anerkannte Arbeit ist. Dieses Manifest zur Verteidigung der Gedankenfreiheit wurde den Gerichtsakten beigelegt. Hinzu kam ein Schreiben der Direktorin der Forschungsabteilung «Migration und Gesellschaft», Florence Boyer, in welchem sie über die Veröffentlichung dieses Werks durch die Universität Paris Cité informiert. Sie war ebenso wie der Vizepräsident der Universität Paris Cité in Istanbul anwesend. Auch der Verband «France Universités» war in Istanbul vertreten. Alle in der Delegation anwesenden Akademiker:innen bekräftigten ihren Willen, diesen politischen Prozess gegen die Wissenschaft in einen Akt des Widerstands und

der Verteidigung der Forschungsfreiheit weltweit zu verwandeln. Wie immer waren auch Vertreter:innen etlicher politischer und menschenrechtlicher Organisationen anwesend, genauso wie Schriftsteller:innen, Buchhändler:innen, Menschen aus Film und Theater, u.v.a.. Und natürlich wurden wir wieder von

dem Solidaritätskomitee in Istanbul empfangen, die den Ablauf der zwei Tage rund um die Verhandlung liebevoll vorbereitet hatten. Diese dauerte 7 Minuten! Das erstaunte uns aber nicht weiter. Angesichts einer nach wie vor leeren Anklageschrift blieb der türkischen Justiz nichts anderes übrig, als ihr Urteil erneut zu vertagen, da ein Freispruch hier offensichtlich (noch) nicht in Frage kommt, was angesichts der politischen Situation in der Türkei und der Übermacht Erdogans nicht erstaunlich ist. Es wurden keine neuen Anklagepunkte vorgebracht, aber die wiederholte Forderung nach sofortiger Inhaftierung und der Anwesenheit von Pinar Selek bei der nächsten Verhandlung. Auch das wird bei jeder Verhandlung wiederholt. Die türkische Justiz ist vollkommen absurd. Trotz vier Freisprüchen und keiner begründeten Anklage halten die türkischen Behörden an ihrer Forderung nach einer Auslieferung von Pinar Selek fest. Ihre Verfolgung durch die



Regierung Erdogan ist Teil eines Kontextes gewaltsamer Repression, die sich gegen alle richtet, die sich in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Dieser Prozess hat also auch eine grosse Symbolik. Zum Unterschied zu etlichen anderen aus

politischen Gründen Inhaftierten, hat Pinar die französische Staatsbürgerschaft und eine starke Unterstützung aus renommierten Kreisen.

Die nächste Verhandlung findet am 18. September 2026 in Istanbul statt. Wir, die solida-

rischen Gruppen und Institutionen, werden jedenfalls wieder da sein und sie und ihre Forschung verteidigen, solange es nötig ist.

Constanze Warta

1. Siehe Kasten unten

«LEVER LA TÊTE»

Das Buch «Lever la tête» – «Den Kopf heben» ist bisher nur auf Französisch erschienen. Es handelt sich um eine exzellent geschriebene Erzählung, in der Pinar Selek auf die soziologische Untersuchung zurückblickt, die sie in den 1990er Jahren in der Türkei zur kurdischen Bewegung durchgeführt hat. Diese Arbeit, die vor dem Hintergrund des Krieges zwischen der kurdischen PKK und dem türkischen Staat entstand, wurde ihr 1998 bei ihrer Verhaftung beschlagnahmt und anschliessend vernichtet. Inhaftiert, gefoltert und mehr als zwanzig Jahre lang von der türkischen Justiz verfolgt, erzählt Pinar Selek vom Verschwinden

dieser Untersuchung aus ihrem Gedächtnis und ihrem jüngsten Wiederauftauchen – wie eine vergrabene Wunde, die wieder an die Oberfläche tritt. Es handelt sich nicht um eine blosser Rückblende auf eine schmerzhaftes Vergangenheit, sondern um einen Akt des intellektuellen Widerstands und der Schöpfung. Mit diesem bisher unveröffentlichten Zeugnis über die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt war, verfasst die international unterstützte Autorin ein Manifest zur Verteidigung der Gedankenfreiheit.

Herausgegeben von: Université Paris Cité Éditions, Collection Démêlés, 144 Seiten.

IRAK

Keine Palmen mehr am Tahrir-Platz

Der Irak wird derzeit zwischen iranischer und amerikanischer Einflussnahme zerrieben. Während Eliten und Milizen um Macht ringen, zahlen vor allem Arme, Bäuerinnen, Bauern und progressive Kräfte den Preis: durch Repression, steigende Lebensmittelpreise und den fortschreitenden Zerfall lokaler Produktion. Der Krieg in der Region verschärft damit nicht nur geopolitische Spannungen, sondern auch die soziale und konterrevolutionäre Krise im Inneren des Landes.

Der Tahrir-Platz, der «Platz der Befreiung», ist seit Jahrzehnten ein Ort politischer Mobilisierung in Bagdad. Doch selten war seine politische Aufladung so stark wie während der Tishreen-Proteste von Oktober 2019 bis Oktober 2020, als der Platz für ein ganzes Jahr von zivilen und revolutionären Kräften besetzt gehalten wurde.¹ Zwischen zwei Palmen hing damals ein Banner mit der Aufschrift: «Alle Macht den revolutionierenden Massen». Darunter stand unter anderem ein Zelt der Organisation of Women's Freedom in Iraq, in dem politische Bildung organisiert, Schutzräume für Frauen geschaffen und Gewalt nicht als privates Schicksal, sondern als Ausdruck patriarchaler Herrschaft verhandelt wurde.

Überragt wird der Platz vom Freiheitsmonument, das nach dem Sturz der britisch gestützten Monarchie errichtet wurde. Seine Bronzereliefs erzählen, entsprechend der arabischen Schrift von rechts nach links gelesen, die Geschichte der Befreiung: vom Aufstand gegen feudale Unterdrückung hin zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft über Bodenverteilungen, Selbstbestimmung und Demokra-

tie. Während der Tishreen-Proteste erhielt diese Symbolik neue Aktualität. Die Frage von Nahrung und Versorgung wurde zu einem zentralen politischen Thema: Die Protestierenden organisierten öffentliche Küchen zur kollektiven Selbstversorgung, während zugleich Boykottkampagnen gegen iranische Produkte breite Unterstützung fanden. Nahrung wurde damit nicht nur zur praktischen Notwendigkeit des Widerstands, sondern zu einem Ausdruck politischer Souveränität.

Nach der Niederschlagung der Proteste verschwanden auch die Palmen, unter denen einst Transparente und Zelte standen. Der Park hinter dem Platz wurde umgebaut, eingezäunt und vollständig einsehbar gemacht. Wo sich zuvor verwinkelte Wege, schattige Rückzugsorte und improvisierte politische Räume befanden, erstreckt sich heute eine geordnete und überwachte Fläche. Diese Umgestaltung ist weit mehr als blosser Stadtplanung. Sie verkörpert die bewusste Zerstörung jener Orte und Strukturen, in denen kollektive Organisation und oppositionelle Politik von unten überhaupt erst möglich wurden.

In schwierigen Zeiten, so heisst es im Irak oft, lesen die Menschen das Freiheitsmonument auf dem Tahrir-Platz rückwärts: nicht als Weg aus feudaler Unterdrückung in Richtung Selbstbestimmung, sondern als Abstieg von Hoffnung zurück in neue Formen der Herrschaft. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass sich das Land erneut in eine solche Richtung bewegt und diese Entwicklung durch den derzeitigen Krieg intensiviert wird. Eine der bekannten Stimmen jener Protestgeneration nach 2003, die Feministin Yanar Mohammed, wurde am 2. März 2026 – Mitten im Klima von Bombardierungen des Irak durch die USA und den Iran – in Bagdad ermordet. Menschenrechtsorganisationen beschrieben ihren Tod als Teil eines anhaltenden Klimas der Straflosigkeit gegenüber Angriffen auf Aktivist:innen, das sich seit der Niederschlagung von Tishreen weiter verfestigt hat. Die irakische Linke mag zu schwach sein, um hegemonial zu werden, doch sie bleibt präsent genug, um als Bedrohung wahrgenommen und verfolgt zu werden.

Das irakische System nach 2003

Die politische Ordnung, die sich im Irak nach 2003 herausbildete, ist weder Ausdruck nationaler Souveränität noch bloss Resultat äusserer Kontrolle. Sie entstand unter der US-Besatzung, entwickelte sich jedoch rasch zu einem komplexen Machtgefüge, in dem internationale und regionale Interessen mit lokalen Eliten verschmolzen. Besonders der Iran konnte sich tief in diese neue Ordnung einschreiben, ohne sie jemals vollständig zu beherrschen. Im Zentrum steht das sogenannte Muhassasa-System: ein politisches Arrangement, in dem staatliche Institutionen, öffentliche Gelder und Machtpositionen entlang konfessioneller, parteipolitischer und klientelistischer Linien verteilt werden. Was oft nur als Korruption beschrieben wird, ist in Wahrheit ein zentraler Mechanismus der

Herrschaft. Das System lebt davon, Konkurrenz zwischen rivalisierenden Kräften zu organisieren, ohne diese jemals grundsätzlich aufzulösen. Konflikte werden nicht überwunden, sondern verwaltet.

Gerade dadurch erwies sich die Ordnung über Jahre als bemerkenswert widerstandsfähig. Kriege, ökonomische Krisen, politische Blockaden und wiederkehrende Massenproteste führten nicht zu ihrem Zerfall. Statt daran zu zerbrechen, integrierte das System diese Erschütterungen in seine eigene Funktionsweise. Krise wurde zum Normalzustand der Herrschaft. Immer wieder gelang es den Eliten, oppositionelle Dynamiken zu neutralisieren: durch Kooptation, institutionelle Einbindung oder begrenzte Reformversprechen. Zu dieser Dynamik trug auch die Einflussnahme internationaler Organisationen und westlicher Demokratieförderprogramme bei, insbesondere aus dem US-amerikanischen Umfeld.

Die Niederschlagung der Tishreen-Bewegung macht dies deutlich, weil nicht nur die Gewalt des Staates eine Rolle spielte. Während der radikale Kern von Tishreen die Abschaffung der 2005 unter Besatzungsbedingungen verabschiedeten Verfassung und damit eine grundlegende Überwindung der bestehenden politischen – und somit wirtschaftlichen – Ordnung forderte, wurde ein Teil der Bewegung zunehmend in institutionelle Bahnen gelenkt: weg von systemischer Konfrontation, hin zu Workshops über demokratische Partizipation, Parteiengründung und politische Teilhabe innerhalb eben jener Ordnung, die ursprünglich überwunden werden sollte. Was als Unterstützung oppositioneller Kräfte erscheint, funktionierte

als Mechanismus ihrer Einhegung und Entschärfung. Selbst Konflikte, die öffentlich als fundamentale Machtkämpfe erscheinen, etwa zwischen den Sadristen und Coordination Framework (die bisher die Regierung stellten), bewegen sich meist innerhalb derselben politischen Architektur und stellen ihre Grundlagen nicht infrage.

Auch äussere Akteure sind Teil von ihr. Die USA prägen weiterhin zentrale wirtschaftliche und institutionelle Hebel des irakischen Staates. So laufen die Einnahme vom staatlichen Verkauf irakischen Öls bis heute über US-Banken. Gleichzeitig hat der Iran durch Parteien, Milizen und religiös-politische Netzwerke eigene Machtzentren innerhalb des Systems aufgebaut. Die Rivalität beider Einflussblöcke destabilisierte das System nicht, sondern trug lange zu seiner Stabilisierung bei.

Ende des alten Gleichgewichts

Doch dieses Arrangement beginnt zu bröckeln. Die militärische Eskalation in der Region, Angriffe auf iranisch verbundene Akteure im Irak und wachsender Druck aus Washington verschieben die inneren Machtverhältnisse zunehmend. Besonders Kräfte mit enger Bindung an Iran, darunter Teile der Hashd al-Sha'bi (Popular Mobilization Front), geraten unter Druck, während die USA versuchen, politischen Einfluss direkter geltend zu machen und innerirakische Machtverhältnisse neu zu ordnen.

Diese Entwicklungen bedeuten jedoch keinen Bruch mit der bestehenden Ordnung, sondern eine Neuverteilung von Macht innerhalb desselben politischen Rahmens. Wie eine irakische Aktivistin es formulierte: «Der

grosse Krieg draussen wird im Irak zu vielen kleinen Kriegen drinnen.» Der geopolitische Konflikt, der lange eher indirekt wirkte, dringt jetzt sichtbar in den innenpolitischen Raum ein. Neu ist dabei der Umstand, dass die Mechanismen, die ihn bislang begrenzten und moderierten, zunehmend ihre Wirkung verlieren. Ein härterer, unberechenbarer Wettbewerb um Einfluss und Gewalt ist entstanden. Für progressive Kräfte bedeutet dies keine Hoffnung auf Öffnung, sondern die Herausforderung, sich in einem zunehmend instabilen und gewaltsamen politischen Umfeld zu behaupten.

Doch politische Verschiebungen bleiben im Irak nie auf der Ebene von Eliten und geopolitischen Strategien stehen. Sie materialisieren sich im Alltag: in Stromausfällen, steigenden Lebensmittelpreisen, blockierten Handelswegen, zerstörter Infrastruktur und der ständigen Unsicherheit darüber, ob das tägliche Leben morgen noch bezahlbar sein wird. Besonders sichtbar wird dies in der Landwirtschaft.

Importabhängigkeit

Der Irak ist heute in hohem Masse abhängig von iranischen Lebensmittelimporten und zugleich auf eine hochgradig inputbasierte Landwirtschaft angewiesen, die ohne importiertes Saatgut, Pestizide und Betriebsmittel kaum funktionsfähig ist.

Diese doppelte Abhängigkeit entstand nicht zufällig, sondern wurde historisch produziert. Bereits unter britischer Kolonialherrschaft wurde eine ungleiche Agrarordnung geschaffen, in der Landbesitz konzentriert und bäuerliche Produzent:innen systematisch entmachteten wurden. Nachfolgende Regime



«Ein Gruss an die Helden von al-Tahrir» Al-Sa'doon-Tunnel, Bagdad.

übernahmen wesentliche Elemente dieser Struktur, wenn auch in veränderter Form. Unter dem Baath-Regime wurde Landwirtschaft stark zentralisiert, bürokratisch kontrolliert und autoritär organisiert. Die Kriege der 1980er und 1990er Jahre, internationale Sanktionen und die ökonomische Verwüstung des Landes verschärften diese Entwicklung weiter und hinterliessen ein Agrarsystem, das bereits vor 2003 tief geschwächt war.

Die US-geführte Invasion von 2003 überführte die strukturellen Schwächen der irakischen Landwirtschaft in eine neue Form der Abhängigkeit. Unter der Besatzung wurde das Agrarsystem zunehmend auf Privatisierung, Wettbewerb und die Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln ausgerichtet. Besonders sichtbar wurde dies in den Entscheidungen der von Paul Bremer geleiteten Übergangsverwaltung, der Coalition Provisional Authority (CPA). Deren berühmte Order 81 aus dem Jahr 2004 regelte Patentrechte und den Schutz von Pflanzensorten neu und öffnete damit die Landwirtschaft weiter für privatwirtschaftliche und internationale Marktlogiken. Ergänzt wurde dies durch Programme wie das von USAID initiierte Agricultural Reconstruction and Development Program (ARDI), das Landwirtschaft primär als Feld marktorientierter «Modernisierung» behandelte. Auch die Zerstörung der nationalen Saatgutbank in Abu Ghraib war nicht bloss ein Kollateralschaden des Krieges, sondern ein tiefer Einschnitt in die agrarischen Grundlagen des Landes.

Seither hat sich ein Modell verfestigt, in dem viele Bauern und Bäuerinnen kaum noch auf lokale Saatgutkreisläufe, staatliche Beratung oder stabile Absatzwege zurückgreifen können. Stattdessen sind sie zunehmend auf private Handeltreibende, importiertes Saatgut, Pestizide, Düngemittel und schwankende Marktpreise angewiesen. Zwar beschäftigt die Landwirtschaft weiterhin einen erheblichen Teil der Bevölkerung (rund 9 Prozent

der arbeitenden Bevölkerung), doch sie trägt nur noch einen geringen Anteil zur Wirtschaftsleistung des Landes bei. Inzwischen muss mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel importiert werden. Diese Schieflage macht den Irak hochgradig verwundbar, denn wer seine eigene Bevölkerung nicht mehr ausreichend versorgen kann, wird in Krisenzeiten politisch und ökonomisch erpressbar.

Gerade hier überschneiden sich die Interessen der konkurrierenden Machtblöcke. Der Irak zählt zu den grössten Absatzmärkten iranischer Exporte und ist der wichtigste Importeur iranischer Agrar- und Lebensmittelprodukte. Doch auch die USA exportierten allein 2025 Agrargüter im Wert von hunderten Millionen Dollar in den Irak. Die Konkurrenz beider Mächte bedeutet also keineswegs, dass eine Seite für irakische Ernährungssouveränität stünde und die andere dagegen. Beide profitieren vielmehr davon, dass der Irak als abhängiger Absatzmarkt funktioniert.

Für viele irakische Landwirt:innen ist die Krise längst alltägliche Realität. Jedes Jahr aufs Neue können sie ihre Ernte nicht kostendeckend verkaufen. 2025 kam es erneut zu Protesten von Tomatenproduzent:innen, nachdem Preise aufgrund der iranischen Importe derart eingebrochen waren, dass Teile der Ernte vernichtet oder auf die Strasse gekippt wurden. Die Botschaft, die viele Landwirt:innen daraus ziehen, ist eindeutig: Ihre Arbeit ist austauschbar, ihr Überleben zweitrangig.

Gerade deshalb war Tishreen mehr als ein Aufstand gegen Korruption. In den Protesten wurde auch die Frage aufgeworfen, was Souveränität materiell bedeutet und wer tatsächlich über die Grundlagen des Lebens verfügt. Der Boykott iranischer Produkte, Kampagnen wie «Made in Iraq» und die neue Aufmerksamkeit für lokale Produktion machten deutlich, dass wirtschaftliche Abhängigkeit nicht nur ein ökonomisches, sondern ein zutiefst politisches Problem ist.

Aus diesem politischen Klima gingen später Netzwerke wie das Netzwerk für Ernährungssouveränität in Kurdistan und Irak Gwez w Nakhl (Walnuss und Palme) oder schon zuvor das diasporische Iraqi Seed Collective hervor. Sie begreifen Ernährungssouveränität nicht als technisches Entwicklungsprojekt, sondern als Teil eines umfassenderen Kampfes gegen Krieg, Sektierertum, Marktzerstörung und autoritäre Herrschaft. Darin zeigt sich auch die andere Seite der irakischen Gegenwart. Der Irak ist nicht nur Objekt von Krieg, Einflussnahme und Marktöffnung. Trotz allem existieren weiterhin Kräfte, die an anderen Formen des Zusammenlebens arbeiten: an Saatgutbibliotheken, agroökologischen Gärten, regionalen Bündnissen zwischen Kurdistan und Zentralirak, feministischer Organisation, kollektiver Fürsorge und einer Politik, die das Leben statt geopolitischer Macht ins Zentrum stellt. Doch diese Projekte existieren auf kleinen Inseln, und selbst diese Inseln stehen unter permanentem Druck.

Die Palmen von Tishreen und die Tomaten auf der Strasse erzählen letztlich dieselbe Geschichte. Solange der Irak als Schlachtfeld, Absatzmarkt und Pufferzone behandelt wird, zahlen vor allem die Armen, die Landwirt:innen und die progressiven Kräfte den Preis.

Ansar Jasim*

*Ansar Jasim ist Politikwissenschaftlerin. Politisch aktiv ist sie im Bereich der Ernährungssouveränität und Solidaritäten von unten, insbesondere in Syrien und im Irak.

1. Die Oktober-Protestbewegung, im Irak als Tishreen-Bewegung bekannt, ist eine soziale Bewegung im Irak, die aus landesweiten Protesten und Platzbesetzungen 2019-2020 hervorgegangen ist. Gefordert wurden, unter anderem, die Abschaffung der durch die US diktierten Verfassung des Landes, aber auch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und bessere Dienstleistungen sowie ein Ende der Korruption. Die Bewegung steht politisch für die Überwindung von konfessionellen und ethnischen Spaltungen im Land. Die Sicherheitskräfte des Staates und insbesondere iran-nahe Milizen reagierten vom ersten Tag der Proteste an mit Gewalt, indem sie Tränengas und scharfe Munition gegen die Demonstrierenden einsetzten. Schätzungen gehen von über 1100 Toten und mehr als 30.000 Verletzten aus.

SCHWEIZ/MIGRATION

Caroline Meijers, Präsidentin des «Mouvement Jurassien de Soutien aux Sans-Papiers et Migrant-es» (MJSSP), wurde am 8. Juli 2025 von dem Vorwurf freigesprochen, den illegalen Aufenthalt eines Ausländers begünstigt zu haben, nachdem sie einem syrischen Geflüchteten in Not ihre Adresse zur Verfügung gestellt hatte.¹ Wir haben uns über den Freispruch gefreut, aber dieses Verfahren hätte gar nie stattfinden dürfen, denn das so genannte «Solidaritätsdelikt» gehört längst abgeschafft. Allein im Jahr 2024 wurden nicht weniger als 592 Menschen wegen dieses «Vergehens» in der Schweiz verurteilt.² Um die Kriminalisierung der Solidarität mit Geflüchteten in Zukunft zu verhindern, hat das MJSSP, zusammen mit der Internet-Plattform Campax³, eine Petition an das Bundesparlament lanciert, mit der Forderung, Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG, bisher

AuG) zu ändern. Solidarität ist kein Verbrechen. Hilfeleistende sollen straffrei ausgehen, sofern sich ihre Handlung als uneigennützig erweist und sie keinen persönlichen Vorteil daraus ziehen. Bisher kamen über 5'600 Unterschriften zusammen. Doch es sollen noch viel mehr werden! Bitte unterschreiben Sie die Petition, die der Schweizer Ausgabe dieses Archipels beiliegt. Sprechen Sie Ihre Verwandten und Bekannten an! Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Michael Rössler

1. Siehe Archipel Nr. 350, September 2025

2. Basil Weingartner in der Wochenzeitung WOZ, Zürich 17. Juli 2025

3. Hier können Sie auch online unterschreiben: <https://act.campax.org/petitions/solidaritat-ist-kein-verbrechen-fur-die-abschaffung-des-solidaritatsdelikts>

Archipel
Monatszeitung des
Forum CiviQue

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Borkanyuka 95
UA-90440 Nischnje Selischtshe
Tel: +380 67 31 27 970
ua@forumcivique.org